

GÖTTINGER BLÄTTER

11.2015

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke



► Kommunalpolitischer Ratschlag – ein gelungener, informativer und lebhafter Auftakt zur Kommunalwahl

Gut 30 Personen hatten sich am Samstag, den 17.10 im Ausbildungsrestaurant von Arbeit und Leben eingefunden. Vor der Mittagspause ging es um einen kritischen Rück- und Ausblick über die Arbeit der Göttinger Linken. Wie kann linke Kommunalpolitik aussehen und gestaltet werden, ohne sich an der Mangelverwaltung zu beteiligen? Worauf müssen linke Mandatsträger/innen achten, um die Verbindung zu außerparlamentarischen Gruppen und zur eigenen Basis zu gewährleisten? Wie muss das Verhältnis zwischen politischem Anspruch und häufig pragmatischen Anforderungen der Tagespolitik gestaltet werden? Diese in einem Einstiegsreferat aufgeworfenen Fragen und insbesondere auch die Berichte aus der Rats- und Kreistagsfraktion sowie dem Ortsrat Grone wurden lebhaft, in Teilen durchaus kontrovers, aber äußerst konstruktiv diskutiert. Die anschließende Mittagspause wurde dann zu einem kurzen Solidaritätsbesuch des Straßenfestes für Flüchtlinge der A.L.I. genutzt. Im Mittelpunkt des Nachmittages standen insgesamt sechs Kurzreferate von regionalen Experten/innen, die ausdrücklich nicht parteigebunden sind.

Ihre Inputs belegten aber, dass sie unseren Vorstellungen über Inhalte und Aufgaben Göttinger Kommunalpolitik sehr nahe stehen.

(Eine Kurzdarstellung der sechs Beiträge ist auf Seite 5 zu finden)

Hier eine Übersicht über die bisher konstituierten Arbeitsgruppen, für die noch Anmeldungen erwünscht und erforderlich sind. Die mit Sternchen [] gekennzeichneten Gruppen benötigen noch eine verbindliche Ansprechperson.*

AG Antifaschismus / Antimilitarismus || AG Bürgerbeteiligung* || AG Flüchtlings- und Migrationspolitik || AG Frauen / Gender* || AG Haushalt / kommunale Finanzen || AG kommunale Geschichts- und Gedenkpolitik || AG Gesundheitsversorgung || AG Kultur* || AG Landwirtschaft* || AG Ökologie und Verkehr/ÖPNV || AG Schule / Bildung / Inklusion || AG Soziales / Jugend || AG Universität || AG Wohnen (Sozialer Wohnungsbau / KdU)

Alle an der Programmarbeit Interessierten bitte melden unter:
goelinke@web.de

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

| | |
|-------------------------|----|
| Kommunalwahl 2016 | 1 |
| VVN | 2 |
| FG Cuba | 3 |
| DKP | 4 |
| GöLinke | 5 |
| DIE LINKE. Termine | 6 |
| DIE LINKE. Europabüro | 7 |
| DIE LINKE. Kreisverband | 8 |
| DIE LINKE. Kreisverband | 9 |
| GöLinke Presseerklärung | 10 |
| GöLinke Ratsinfo | 11 |
| „Refugees wellcome!“ | 12 |

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 12.2015
ist der 20. November.
Auslieferung am 26. November.

Kandidaturen für die Kommunalwahl 2016

Um einen Überblick zu bekommen, welche Mitglieder und Sympathisant*innen bereit sind, bei der Kommunalwahl 2016 zu kandidieren, möchten wir darum bitten, sich bis zum **30. 11. 2015** beim Sprecher*innenkreis der GöLinke zu melden (goelinke@web.de).

Auch die Kandidaturen für DIE LINKE. im Landkreis sollen hier zunächst zentral gesammelt werden.





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Ausstellung in Hannover:

► „Vergessene“ Geschichte: Berufsverbote – Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland

Ende der 1960er Jahre stellten sich westdeutsche Politiker, Juristen, Polizei und Geheimdienste die Frage, wie die Massenproteste an Universitäten und in Betrieben eingedämmt werden könnten.

Besonders fürchteten die staatlichen Organe, dass eine neue linke Studentengeneration in staatliche Strukturen einsickern und diese von innen verändern könnte. Eine 1971 eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe diskutierte Möglichkeiten, linke Kritiker aus dem Öffentlichen Dienst fernzuhalten. Die zu ergreifenden Maßnahmen sollten einschüchtern und

abschrecken. Auf Grundlage dieser Vorarbeiten verabschiedete die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder am 28. Januar 1972 den so genannten Radikalenerlass.

Die Folgen: Etwa 3,5 Millionen Personen wurden politisch überprüft. Die Geheimdienste meldeten den Einstellungsbehörden zwischen 25.000 und 35.000 „verdächtige“ Bewerber. Mehr als 10.000 Berufsverbotsverfahren wurden eingeleitet, etwa 2.250 Bewerber nicht eingestellt und 256 Beamten entlassen. Die Dunkelziffer dürfte erheblich höher liegen.

In der Ausstellung wird das gesellschaftliche Klima der damaligen Zeit dargestellt, gleichzeitig aber auch auf die historischen Vorbilder und die Konsequenzen dieser Politik der Einschüchterung verwiesen. Die Ausstellung ist als bundesweite Wanderausstellung konzipiert und macht als erstes in Hannover halt.

Zu sehen in Hannover noch bis zum **17. Dezember in den ver.di-Höfen** (Goseriede 10).

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 9.00 – 16.00 Uhr

Freitag: 9.00 – 13.00 Uhr

*Unterstützt und gefördert durch:
DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen
– Sachsen-Anhalt, GEW Landesverband
Niedersachsen, Bildungswerk ver.di,
Bildungs- und Förderungswerk der GEW
im DGB e.V., Rosa Luxemburg Stiftung
Niedersachsen e.V.*

► GÖTZ & MEYER

**Theatervorstellung zum 77. Jahrestag der Novemberpogroms 1938
Freitag 6. November, 19:30 Uhr, Kino Lumiere (Geismar Landstr. 19)**

mit Pheline Roggan (Soul Kitchen, Hamburger Kammerspiele), Jörg Pohl (Thalia Theater Hamburg) und Denis Moschito (Chiko, Almany - Willkommen in Deutschland).

Text: Thomas Ebermann und Antje Basedow

Vor sechzig Jahren fuhren zwei Männer in einem Lastwagen jeden Tag von Belgrad nach Jajinci: Götz, der Fahrer, und Meyer, der Beifahrer. Hätten sie nicht unterwegs angehalten und das Ende des Auspuffs mit einer Öffnung im Boden des Kastens verschraubt, und wäre der Kasten nicht voller Juden gewesen, hätte sich später niemand dafür interessiert. Der namenlose Erzähler aber, ein Belgrader Lehrer, interessiert sich dafür, weil auf dem Lastwagen auch seine Verwandten waren. Er beginnt zu recherchieren, wühlt in Dokumenten, versucht zu begreifen. Je näher er dem Wissen kommt, desto ferner

ist er; je mehr er sich Götz und Meyer vorzustellen sucht, desto schemenhafter werden ihre Gesichter ...

Antje Basedow und Thomas Ebermann bringen den Roman von David Albahari in einer eigenen Fassung auf die Bühne des Lumières. Dabei schaffen sie eine neue Darstellungsform zwischen Szenischer Lesung und Theaterinszenierung. Diese Fassung lässt die Literatur im Vordergrund stehen, verändert den Originaltext nur behutsam, doch die lesenden Schauspieler beginnen, sich vom Manuskript zu lösen und dem Publikum als Rollenfiguren entgegenzutreten.

Veranstalter: redical M, ver.di Göttingen, Theaterkeller

VVK Roter Buchladen & Theaterkeller Göttingen
Karte: 13 EUR (11 EUR ermäßigt)

► Antifaschistische Gedenkreihe

Auch dieses Jahr wird es wieder eine gemeinsame Veranstaltungsreihe des Gedenkbündnisses „9. November – 30. Januar“ geben. Schwerpunkt der Gedenkreihe wird in diesem Jahr das Thema Antifaschistischer Widerstand sein. Ab Anfang November werden die Programme in gedruckter Form an den bekannten Orten ausliegen. Das Programm kann schon jetzt auf der Internetseite des Bündnisses eingesehen werden: www.gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus.de

Beginnen wird die diesjährige Veranstaltungsreihe am Montag, dem 9. November 2015, um 18 Uhr am Platz der Synagoge mit der traditionellen Gedenkstunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit am dortigen Mahnmal. Das diesjährige Motte der Gedenkstunde lautet „Verdrängt, Verfolgt. Vergessen: Das ‚Judenhaus‘ in der Weender Landstr. 26 und seine BewohnerInnen“. Die Gedenkstunde wird dieses Jahr gestaltet von Studierenden am Lehrstuhl von Prof. Dirk Schumann (Neuere und Neueste Geschichte). Für die musikalische Untermalung sorgt KlezPO.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlungen

Dienstag, den 03. November und 01. Dezember

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



► 50 Jahre Einheit

Am 3. Oktober 1965 vereinigten sich die revolutionären Organisationen Kubas zur Kommunistischen Partei

Der 3. Oktober ist ein Tag zum Feiern. Vor exakt 50 Jahren, am 3. Oktober 1965, wurde in Havanna die Kommunistische Partei Kubas gegründet. Damit war die Vereinigung der drei Organisationen abgeschlossen, die gemeinsam die von den USA gestützte Diktatur Fulgencio Batistas beendet hatten. Schon 1961 hatten sich die von Fidel Castro geführte »Bewegung 26. Juli«, die marxistische »Sozialistische Volkspartei« und die studentische Widerstandsbewegung »Revolutionäres Direktorium 13. März« zu den »Integrierten Revolutionären Organisationen« (ORI) zusammengeschlossen, aus denen am 26. März 1962 die Vereinte Partei der Sozialistischen Revolution Kubas (PURSC) entstand. Diese diente dazu, die organisatorischen und programmatischen Grundlagen für die neue Partei zu schaffen, die dann am 3. Oktober 1965 mit der Vorstellung des neuen Zentralkomitees durch Fidel Castro und der Entscheidung über den Namen offiziell konstituiert wurde. An diesem Tag vereinigten sich auch die Tages-

zeitungen Hoy und Revolución zur Granma, die so ebenfalls auf ein halbes Jahrhundert ihrer Existenz zurückblicken kann. Gefei-ert wird das an diesem Wochenende groß in den Redaktionsräumen an der Plaza de la Revolución in Havanna.

Auf dem Kongress stellte Castro die Frage, welchen Namen die neue Partei tragen solle: »Wir sind an dem glücklichen Punkt der Geschichte unseres revolutionären Prozesses angekommen, an dem wir sagen können, dass es nur eine Art von Revolutionären gibt, und es ist notwendig, dass der Name unserer Partei nicht aus-sagt, was wir gestern waren, sondern was wir heute sind und morgen sein werden.« Obwohl der Name schon am Vorabend beschlossen worden war, fragte er die Delegierten: »Wie also soll unsere neue Partei heißen?« Lautstark rief es aus den Reihen zurück: »Kommunistisch!« Castro erinnerte daran, dass dieses Wort über die Jahrhunderte immer wieder verzerrt und verleumdet wurde: »Alle Ausbeuter, alle Pri-

vilegierten haben das Wort ›Kommunismus‹ immer gehasst, als wäre es ein Verbrechen. Deshalb haben Marx und Engels, als sie ihr ›Kommunistisches Manifest‹ schrieben und den Grundstein für eine neue revolutionäre Theorie, eine wissenschaftliche Interpretation der menschlichen Gesellschaft und der Menschheitsgeschichte legten, gesagt: ›Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus.‹ Denn die privilegierten Klassen nahmen diese Ideen voller Angst auf, sie fürchteten sich wie vor einem Gespenst.«

In Erinnerung blieb die historische Tagung jedoch vor allem, weil Castro an diesem Tag auch den Abschiedsbrief von Ernesto Che Guevara verlas, der zu diesem Zeitpunkt im Kongo kämpfte: »Ich spreche Kuba von jeder Verantwortung frei, außer der, ein Beispiel zu sein.« Und Castro antwortete leidenschaftlich, dass sich dieses kleine Volk nicht vor der Verantwortung fürchte, sondern die revolutionären Bewegungen der Welt unterstützen werde: »Gegenüber einem immer mächtigeren Feind und angesichts der schmerzhaften Spaltung der Revolutionäre in der Welt wird unsere Politik die der größtmöglichen Einheit sein.« *André Scheer, jW*

► Kubas Spezialkommando

Rechtzeitig vor der für Dienstag kommender Woche (20.10.15) in der UN-Generalversammlung anberaumten Abstimmung über Washingtons Blockade gegen Kuba, entlarvten US-Medien ungeahnte militärische Ambitionen Havannas. Der meistgesehene Nachrichtensender Fox News meldete, dass kubanische Bodentruppen und Spezialkommandos in Syrien »Diktator Assad und die russische Einmischung in dem Land« unterstützten. Rund 300 Soldaten der sozialistischen Karibikinsel seien dort von zwei russischen Transportflugzeugen abgesetzt worden und bereits im Einsatz,

räuberpistole es. Ihre Aufgabe bestünde darin, von Russland an Syrien gelieferte Panzer zu fahren. Auch der kubanische Präsident Raúl Castro habe den Einsatz bestätigt, meldeten US-Agenturen.

Quelle dieser »Enthüllungen« ist unter anderem ein »Staff Report« des Instituts für kubanisch-amerikanische Studien (ICCAS) der Universität Miami, zu deren Vorzeigebgängern so illustre Persönlichkeiten wie der Schauspieler Sylvester Stallone, die in der Contra-Szene gefeierte Sängerin Gloria Estefan und der republikanische Senator Marco Rubio gehören. Bei soviel rechter

Reputation erübrigte sich für viele Medien eine Überprüfung der Fakten. Die Falschmeldung ging am Wochenende um die Welt und erfüllte damit ihren Zweck.

Bis der böse Russe den Spielverderber gab. Anders als die freien Medien des Westens fragte das Nachrichtenportal Sputnik nach. »Das ist völliger Blödsinn«, dementierte sogleich der kubanische Botschafter in Damaskus gegenüber der Agentur. Am Sonnabend wies das Außenministerium in Havanna die Gerüchte dann in einer formalen Erklärung als »unverantwortlich und erfunden« zurück. Und auch Mark Toner, der Sprecher des US-Außenministeriums, gab schließlich zu, dass seiner Behörde »keinerlei Informationen« vorlägen, die derartige Berichte bestätigten. *jW*

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Polzeibeobachtung jetzt rechtens!*

Verfassungsgericht schützt die Demokratie!

Die Göttinger Gruppe „Bürger beobachten die Polizei und Justiz“ hat vor dem Bundesverfassungsgericht Anfang Oktober einen wichtigen Erfolg erreicht: Die Gruppe Göttinger Demokratinnen und Demokraten bemüht sich seit Jahren um die Dokumentation polizeilicher Rechtsverstöße gegen Demonstranten. Dass dies bitter nötig ist, zeigen die häufigen Gewaltexzesse deutscher Polizisten gegen Teilnehmer von Demonstrationen, etwa die Göttinger BFE gegen Abschiebungsgegner im vergangenen Jahr. Die „Bürger beobachten die Polizei und Justiz“ videographieren also Rechtsverstöße der Polizei. Dies wurde ihnen jedoch am 22.1.2011 von der Göttinger Polizei verwehrt.

Dazu sagte ein Sprecher der Gruppe: „Dieser Beschluss ist insbesondere wichtig für Bürgerrechtsgruppen wie die unsere. In der Vergangenheit wurde unsere Arbeit immer wieder stark durch die Polizei behindert oder unmöglich

gemacht. Wir waren Einschüchterungen und Unterbindungen von Foto- und Filmaufnahmen, erzwungenen Löschungen von Aufnahmen, Androhungen von Kamerabeschlagnahmen, Personalienfeststellungen, Platzverweisen und sogar Einkesselungen ausgesetzt“, (...). „Der Beschluss geht in seiner Tragweite sogar noch weiter, denn er bezieht sich ausdrücklich auf alle TeilnehmerInnen an öffentlichen Versammlungen“. Vor dem Göttinger Verwaltungsgericht und dem Niedersächsischen Obergericht in Celle fand der Kläger kein Gehör. Vielmehr unterstellten diese Gerichte PolizeibeobachterInnen pauschal eine potentielle Rechtsuntreue. Die Einschätzungen der Gerichte bewegen sich regelmäßig zwischen „Anscheinstörern“ und „tatsächlichen Störern“. Der Sprecher weiter: „Diese Unterstellung erscheint besonders absurd vor dem Hintergrund, dass unser Anliegen die Kontrolle der Rechtstreue der Polizei ist. Offensichtlich ist sie politisch motiviert, wir hoffen aber,

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 10. November, 20:00 Uhr

21. DKP-Parteitag und die entscheidende Anträge

MV Dienstag, 24. November, 20:00 Uhr

Auswertung des 21. Parteitag der DKP

dass unser für eine Demokratie essentielle Funktion nunmehr besser von den Behörden respektiert wird“,...“
(Quelle: goest.de)

Die DKP Göttingen begrüßt dieses Urteil zur Stärkung der demokratischen Arbeit in der BRD. Insbesondere angesichts der zunehmenden antidemokratisch-faschistischen Bewegung ist eine Kontrolle der staatlichen Einsatzkräfte ein Muss. Wir gratulieren der Gruppe „Bürger beobachten die Polizei und Justiz“ zu ihrem Engagement und Erfolg.

► DKP vor dem Parteitag

Die DKP hält Mitte November ihren 21. Parteitag in Frankfurt/Main. Auf dem Programm stehen neben der Neuwahl des Parteivorstandes, der insgesamt 34 Genossinnen und Genossen umfassen soll, inhaltliche Anträge zur weiteren Arbeit der Partei.

Im Leitantrag des Parteivorstandes, der breit in vielen Gruppen der Partei und in verschiedenen Konferenzen diskutiert wurde, wird angesichts einer nicht-friedlichen Zeiten und faschistischer Mobilisierung einer Schwerpunkt auf Antimilitarismus und Antifaschismus zu setzen, dazu kommt eine Handlungsorientierung, die weitere Arbeitsbereiche der DKP in Betrieb/Gewerkschaft und Kommune umfasst. Ein weiterer Antrag

betrifft die Mitarbeit in der Europäischen Linkspartei ELP, in der die DKP derzeit einen Beobachterstatus einnimmt. Hier schlägt der Parteivorstand die Beendigung dieser Tätigkeit vor, flankiert von der Intensivierung der internationalen Arbeit mit kommunistischen Parteien Europas. Die Genossen aus München wollen hingegen eine Vollmitgliedschaft. Die Göttinger Parteigruppe hat sich auf ihrer Jahreshauptversammlung für die Beibehaltung des Status Quo ausgesprochen.

Zwei weitere Anträge sollen noch vorgestellt werden: Es wird über die Beteiligung an den Bundestagswahlen 2017 abgestimmt und über das nächste UZ-Pressfest beraten. Für das größte Fest

der Linken, avisiert ist das Wochenende 1.-3. Juli, sollen bis zum 35.000,- €Vorfinanzierung gesammelt werden, angesichts der Bedeutung dieses Festes für die Partei und die Bewegung überrascht es nicht, dass ein Großteil der Summe bereits zusammengekommen ist. Wer das Volksfest unterstützen möchte, kann beim DKP-Mitglied seines Vertrauens Soli-Buttons erwerben.

Die Göttinger DKP wird sich auf ihrer Mitgliederversammlung vor dem Parteitag ausgewählte Anträge diskutieren und selbstverständlich im Anschluss an diesen die Ergebnisse gemeinsam auswerten.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Wichtige Inputs und Anregungen von regionalen Experten/innen für das Wahlprogramm

Claire Deery als Rechtsanwältin und Vorsitzende des Niedersächsischen Flüchtlingsrates zeigte sehr eindrucksvoll auf, welche zusätzlichen Probleme sich durch die gerade eben beschlossene sogenannte Asylreform für die geflohenen Menschen ergeben. Sie forderte auch vor Ort eine deutlich verbesserte Koordination zwischen Stadtverwaltung, den gerade in Göttingen aktiv wirkenden Organisationen und den vielen ehrenamtlichen Helfer/innen ein. Michael Miessner vom Geographischen Institut der Göttinger Uni verdeutlichte noch einmal die Untersuchungsergebnisse seiner Wohnraumstudie. Exorbitante Mietsteigerungen und eine immer stärkere Konkurrenz von Hartz-IV-Empfänger/innen, Studenten/innen und Flüchtlingen um günstigen Wohnraum kennzeichnen die Situation. Seine Vorschläge für kommunale Maßnahmen, dem entgegenzuwirken, werden ganz bestimmt in unsere Diskussion des Wahlprogramms mit einfließen. Stefan Knapp als stellvertretender Schulleiter der IGS Geismar benannte Vorstellungen und konkrete Maßnahmen für die Verwirklichung einer echten Inklusion, einer notwendigen materiellen und personellen Ausstattung der Schulen und einer direkten Mitwirkung bei der Einstellung des sogenannten nicht lehrenden Personals.

Ein sehr hilfreicher, lebendiger Input. Klaus Schild, Ortsvereinsvorsitzender von ver.di, zeigte anschaulich auf, welchen Belastungen in vielen öffentlichen Bereichen die Mitarbeiter/innen ausgesetzt sind, wie viele Beschäftigte in der kommunalen Verwaltung und den der Stadt angeschlossenen Eigenbetrieben tätig sind und was sie vom Rat der Stadt zur Unterstützung der Kollegen/innen und des Betriebsrates erwarten. Für Lohnrückerei und Aushöhlen des Mindestlohnes auch in der öffentlichen Vergabepolitik gibt es noch keine wirkliche Entwarnung. Dr. Peter Kasten von attac dokumentierte viele Missstände im Bereich des öffentlichen Regionalverkehrs. Er zeigte die Konzeptionslosigkeit des regionalen Verkehrsverbundes auf und gab gute und umsetzbare Anregungen, wie in Göttingen und seinem Umland vernünftige, ökologisch sinnvolle und bezahlbare Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV verwirklicht werden könnten. Schließlich formulierte Paulus Paulerberg als ein Vertreter, der in verschiedenen Bürgerinitiativen aktiv war und ist, in einem lebendigen Vortrag, wie er sich die Verbindung zwischen Kommunalpolitikern/innen, Bürgerinitiativen aber auch vielen weiteren außerparlamentarisch engagierten Gruppen und Menschen



Kommunalpolitische Konferenz am 17.10.15

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

FraktionsmitarbeiterIn:

Stine Rummel-Strebelow

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-14 Uhr
und nach Vereinbarung

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.30 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 18. November, 19.00 Uhr

Thema: Aktuelle faschistische und rassistische Aktivitäten in Stadt und Landkreis (A.L.I.)

Neues Rathaus, Raum 112

vorstellt, was sich die BIs an Transparenz wünschen und wann, wo und wie sie im Vorfeld kommunaler Entscheidungen beteiligt und eingebunden werden möchten. Auch dies dürfte noch ein Feld sein, auf dem wir uns verbessern können.

Die abschließende Aussprache hätte durchaus noch länger sein können, so viele Fragen, Kommentare und Ergänzungen kamen aus den Reihen der Teilnehmer/innen.

Ein sehr interessanter und informativer Vor- und Nachmittag, der viel Stoff lieferte, um in die nun beginnende Phase der Entwicklung und Diskussion des Wahlprogramms einzufließen.

(Dafür wurden dann die auf Seite 1 aufgeführten Arbeitsgruppen eingerichtet, für die wir uns noch deutlich mehr Zulauf erhoffen.)

Gerd Nier

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung November

Montag, 16. November, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Tagesordnungsvorschlag:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation
2. Aussprache: Das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften
3. Bericht von der Kommunalpolitischen Konferenz, Ausblick Kommunalwahlkampf
4. Anträge
5. Termine/ Verschiedenes

Kreismitgliederversammlung Dezember

Montag, 07. Dezember, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Tagesordnungsvorschlag:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation
2. Nachwahl zum KreissprecherInnenrat, Wahl Kassenprüfer*innen
3. Vorstellung des Leitetrags zum Landesparteitag
4. Wahl der Delegierten zum Landesparteitag
5. Termine/ Verschiedenes

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 23. November 19:00 Uhr, Ort: Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Str. 2

Thema: Allgemeine Aussprache

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Donnerstag, 12. November, 19.00 Uhr, Alevitischer Kulturverein, Hauptstraße 6, Herzberg

OV Hann Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 26. November um 19.00 Uhr in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“ Siebenturmstr. 9, Hann. Münden.

OV Dransfeld: Jahreshauptversammlung mit Sprecher-innnen_wahl

Donnerstag, 26. November, um 18:00 Uhr bei Uli Maschke, Tulpenweg 2a, Dransfeld

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 03. November, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden **Mittwoch ab 18 Uhr** im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Treffen der AKL Göttingen

Freitag, 20. November, 19:00 Uhr bei Arbeit & Leben, Lange Geismar Straße 72 – 73

Freitag, 18. Dezember, 19.00 Uhr bei Arbeit & Leben, Lange Geismar Straße 72 – 73

Linker Stammtisch für Alle!

Donnerstag, 19. November um 19.00 Uhr in Göttingen, Buddha Lounge, Theaterstraße 11a

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333

E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann

ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club

Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973

oder 0551-40137061

E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

▶ Abschottungsoperationen: Militärische Flüchtlingsbekämpfung

Sabine Lösing, MdEP DIE LINKE.

Im Mai 2011 erschien die deutsche Ausgabe des Sammelbandes „Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020“, der von der hauseigenen Denkfabrik der Europäischen Union, dem „Institute for Security Studies“ in Paris herausgegeben wurde. In ihm findet sich ein programmatischer Artikel von Thomas Ries zu den künftigen Aufgaben der EU-Außen- und Sicherheitspolitik, der Motivation und Praxis der aktuellen EU-Migrationspolitik auf geradezu beängstigende Weise vorwegnahm: „Abschottungseinsätze – Schutz der Reichen dieser Welt vor den Spannungen und Problemen der Armen. Da der Anteil der armen, frustrierten Weltbevölkerung weiterhin sehr hoch sein wird, werden sich die Spannungen zwischen dieser Welt und der Welt der Reichen weiter verschärfen – mit entsprechenden Konsequenzen. Da es uns kaum gelingen wird, die Ursachen dieses Problems, d.h. die Funktionsstörungen der Gesellschaften, bis 2020 zu beseitigen, werden wir uns stärker abschotten müssen. [...] Für den Schutz der Ströme werden globale militärpolizeiliche Fähigkeiten (Schutz von Seewegen und kritischen Knotenpunkten etc.) und eine gewisse Machtprojektion (Verhinderung von Blockaden und Bewältigung von regionaler Instabilität) erforderlich sein.“

Es sind die westlichen Kriege und das westliche Wirtschaftssystem, die Menschen zur Flucht zwingen. Und weil keinerlei Absicht besteht, an dieser fatalen Politik etwas zu ändern, versucht die EU mit verschiedenen Operationen im Rahmen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) Flüchtlinge so weit entfernt wie möglich aufzuhalten, indem die örtlichen Regierungen etwa bei EUTM Mali, EUBAM Libya oder EU-CAP Sahel Niger „ertüchtigt“ werden, ihre Grenzen dicht zu machen. Diese repressive Vorverlagerung der Grenzen sowie die rigorose Weigerung, legale

Einreisemöglichkeiten zu schaffen, zwingen Flüchtlinge regelrecht dazu, sich an Schleuser wenden zu müssen und dabei Leib und Leben zu riskieren – und nicht selten auch zu verlieren.

Insofern zeugt es von einem unerträglichen Zynismus, wenn so getan wird, als handele es sich bei der am 22. Juni 2015 begonnenen EU-Operation EUNAVFOR Med um einen humanitären Einsatz zur Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen. Denn vor allem geht es bei dem aktuell mit sechs Schiffen durchgeführten Einsatz darum, illegalisierte Migration zu verhindern und Schleusernetzwerke aktiv zu bekämpfen – und damit Flüchtlinge zu zwingen, noch riskantere Wege zu suchen. Anfang Oktober 2015 ging EUNAVFOR Med in seine zweite Phase. Stand zuvor Aufklärung und das Sammeln von Daten im Vordergrund, steht nun auch das „Anhalten, Durchsuchen, Beschlagnahmen und Umleiten“ verdächtiger Schiffe auf dem Programm. Phase drei, die vom Rat – wohl auch, weil hierfür ein UN-Mandat notwendig wäre – noch nicht aktiviert wurde, schließt auch die „Zerstörung oder Unbrauchbarmachung“ von Schiffen und sogar mögliche Bodeneinsätze in Libyen ein. Für die ersten 12 Monate des Einsatzes sind 11,82 Mio. Euro aus dem sogenannten ATHENA-Mechanismus vorgesehen – die tatsächlichen Kosten liegen aber weit höher, da über ATHENA in der Regel lediglich ca. 10% der Gesamtkosten eines Einsatzes abgerechnet werden können, den Rest müssen die am Einsatz beteiligten Staaten aufbringen.

Christoph Marischka von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) beschreibt den Charakter des Einsatzes folgendermaßen: „Zusammenfassend dient die Operation EUNAVFOR MED primär der Lagebilderstellung zwischen den Küsten Europas und Nordafrikas und als ein(er) von verschiedenen) Handlungsrahmen für exekutives Vorgehen. Sie reiht sich

damit ein in verschiedene weitere Maßnahmen der EU, ihrer Mitgliedstaaten und Verbündeten, zwischen dem Sahel und Europa eine zusammenhängende Zone militärisch-geheimdienstlicher Überwachung mit quasi-polizeilichen Befugnissen für ihre Militärs zu schaffen, in der Aufgaben wie die Bekämpfung des Terrorismus und der Mobilität ineinander verschwimmen. Dass die Zusammenarbeit zwischen nationalen und internationalen, polizeilichen und militärischen Behörden und Organisationen dabei so reibungslos verläuft, wie es die offiziellen Dokumente suggerieren, ist kaum anzunehmen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass gerade auch in der Konkurrenz unter ihnen die Ursache für das völlig irrationale Ausmaß der Militarisierung der Region zu finden ist, die zugleich eine Entrechtung der Bevölkerung und Milliardengewinne für die Rüstungsindustrie mit sich bringt.“

Angesichts dessen fällt es schwer, die richtigen Worte zu finden. Einer, dem dies gelang, ist der ehemalige Asylrichter Peter Vonnahme: „Bei der Suche nach den Fluchtursachen fällt sofort auf, dass die mit Abstand meisten Flüchtlinge aus Ländern kommen, die in den letzten 20 Jahren Schauplätze von Kriegen waren: das ehemalige Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien, Äthiopien, Somalia. Nach einer Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) waren 2014 die genannten Staaten und ihre Zerfallsprodukte die 10 wichtigsten Herkunftsländer für Asylbewerber in Deutschland. [...] Wer also Massenflucht eingrenzen will, muss in einem ersten Schritt militärische Abenteuer unterbinden und Militärbündnisse wie die Nato auf reine Verteidigungsaufgaben zurückführen. [...] Außerdem werden wir uns mit dem Gedanken anfreunden müssen, den notleidenden Staaten echte Solidarität anzubieten. Wohlklingende Rhetorik und Almosen werden auf Dauer nicht ausreichen.“

**Europabüro
Göttingen**

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

► Gründung des OV Kreis Osterode

Die Landkreise Göttingen und Osterode werden 2016 zu einem „Monsterkreis“ Göttingen fusionieren. Rot-Grün im Kreistag hat ihre Mehrheit genutzt und Bedenken gnadenlos ignoriert. DIE LINKE hat sich in beiden Landkreisen einvernehmlich gegen eine Fusion ausgesprochen und dies u. a. mit dem massiven Demokratieabbau begründet. Zur Kommunalwahl im September 2016 wird der neue Landkreis Göttingen offiziell und deshalb hatte sich bei einer Kreismitgliederversammlung am 29.6. DIE LINKE in beiden Kreisen zum neuen Kreisverband DIE LINKE Göttingen/Osterode zusammen geschlossen. Nur so ist es möglich effektiv und solidarisch die anstehenden Wahlen zu planen und professionell auszurichten.

Die Mitglieder im neuen Kreisverband Göttingen / Osterode waren sich schnell einig, dass es auch zukünftig lokale Ansprechpartner geben muss. Deshalb hat Ilyas Cangöz, Mitglied im neuen Kreissprecherrat, zu einer konstituierenden Mitgliederversammlung in den Alevitischen Kulturverein nach Herzberg am vergangenen Donnerstag eingeladen. Nach der offiziellen Gründung des Ortsverbandes Kreis Osterode wurde ein dreiköpfiger Sprecherrat gewählt: Ilyas Cangöz, Abgeordneter im Rat der Stadt Herzberg, Hanjo Rose, ehemaliger Vorsitzender des alten Ortsverbandes

Südharz und Timo Rose, Abgeordneter im Gemeinderat Wieda dankten nach ihrer Wahl den Mitgliedern für ihr Vertrauen.

Als politischen Schwerpunkt für die nächsten Monate nannten die neuen Sprecher des Ortsverbandes Kreis Osterode die Planungen für die anstehende Kommunalwahl am 11. September 2016. „Alle Bürgerinnen und Bürger, die sich für eine sozialistische Politik einsetzen wollen, sind eingeladen, sich zu beteiligen“, führte Hanjo Rose aus. Die Bürgerbeteiligung ist für DIE LINKE schon immer höchste Priorität und wird auch zukünftig eine große Gewichtung haben. Nach den Formalien zur Gründung des Ortsverbandes freuten sich die Anwesenden über ein Referat von Dr. Eckhard Fascher (DIE LINKE, Fraktionsvorsitzender im Kreistag Göttingen) zur aktuellen Entwicklung in der Flüchtlingspolitik. Fascher machte deutlich, dass kein Mensch illegal sein kann und belegte eindrucksvoll, dass die Aufnahme von Flüchtlingen Deutschland voran bringen wird. Deutliche Kritik gab es für die teilweise unmenschliche Behandlung und Unterbringung von Geflüchteten. Ilyas Cangöz hob noch einmal die solidarische Zusammenarbeit mit den neuen Kreisverband Göttingen/Osterode hervor: „Der neue Kreisverband ist vielfältig organisiert. Davon kann und wird

auch der Ortsverband Kreis Osterode profitieren.“ In einem ausführlichen Bericht machte Timo Rose auf die schwierige Situation in der Samtgemeinde Walkenried aufmerksam. Er erneuerte seine deutliche Kritik gegenüber der Umwandlung in eine Einheitsgemeinde. „Eine Politik des Kaptital führt zu eine katastrophalen Demokratieabbau. Das ist nicht hinnehmbar.“ Rose stellte dabei noch einmal heraus, dass es nicht darum gehen kann, dass Politik von wenigen diktiert und delegiert wird, sondern dass der Bürgerwillen berücksichtigt werden muss.

In einen weiteren Diskussionsbeitrag wurde über die Initiative der Linken zur Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns berichtet, die mit der aktuellen Kampagne „Das muss drin sein“ verbunden wird. DIE LINKE fordert mit dieser aktuellen Aktion u. a. die Befristung und Leiharbeit zu stoppen, eine existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV und mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

Durch die Gründung des neuen Ortsverbandes werden wir auch nach der Fusion weiterhin politische Ansprechpartner vor Ort sein und sozialistische Inhalte einbringen.“, stellte der neu gewählte Sprecherrat abschließend fest. Die nächste Mitgliederversammlung wird am 12. November 2015 um 19:00 Uhr im Alevitischen Kulturverein statt finden. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Die Veranstaltung ist öffentlich. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Die Veranstaltung ist öffentlich. Infos gibt es bei Ilyas Cangöz, Tel. (0 55 21) 99 98 62 oder Mail: kreis.osterode@die-linke-goettingen.de *tiro*

► Umstrukturierungen bei Zeiss

Der Betriebsrat von Zeiss Microscopy Göttingen wird sich (Stand Mitte Oktober) an die Fraktionen im Stadtrat wenden und sie bei einem Treffen um Unterstützung in der betrieblichen Auseinandersetzung um Arbeitsplatzabbau und -verlagerungen bitten. Geplant ist derzeit eine Großdemonstration am 31. Oktober, zu der DIE LINKE.KV Göttingen mit aufruft. In Göttingen sind über 400 Arbeitsplätze von den geplanten Maßnahmen betroffen. Von 690 Stellen sollen nur 240 verbleiben, wesentliche

Betriebsteile werden geschlossen. In zwei Jahren droht nach Einschätzung von Mitarbeiter*innen und Betriebsrat die Gesamtschließung des Standorts.

DIE LINKE Göttingen lehnt jeden Arbeitsplatzabbau ab und unterstützt die Unterschriftensammlung der IGM für den Erhalt des Göttinger Standortes mit allen Funktionsbereichen. Der Kreissprecher*innenrat DIE LINKE.Göttingen hat sich wegen dieser Thematik ebenfalls an die Ratsfraktion gewandt: Er

erwartet von der Fraktion der Göttinger Linken im Stadtrat ein klares Votum für den Erhalt aller bisherigen Arbeitsplätze und für die Unterstützung aller Kampfmaßnahmen, welche die betroffenen KollegInnen und ihre Gewerkschaft IG Metall dazu für erforderlich halten. Nicht die betriebswirtschaftlichen und profitorientierten Überlegungen der Unternehmensleitung seien für Die LINKE maßgeblich, sondern allein die Interessen der Beschäftigten, so der Kreissprecher*innenrat. *mb*

► Neuigkeiten zum steuerfreien Mindestlohn: ver.di und IG Metall

Von Göttingen ausgehend wurde zunächst beim diesjährigen Landesparteitag Niedersachsen und schließlich beim Bundesparteitag DIE LINKE die

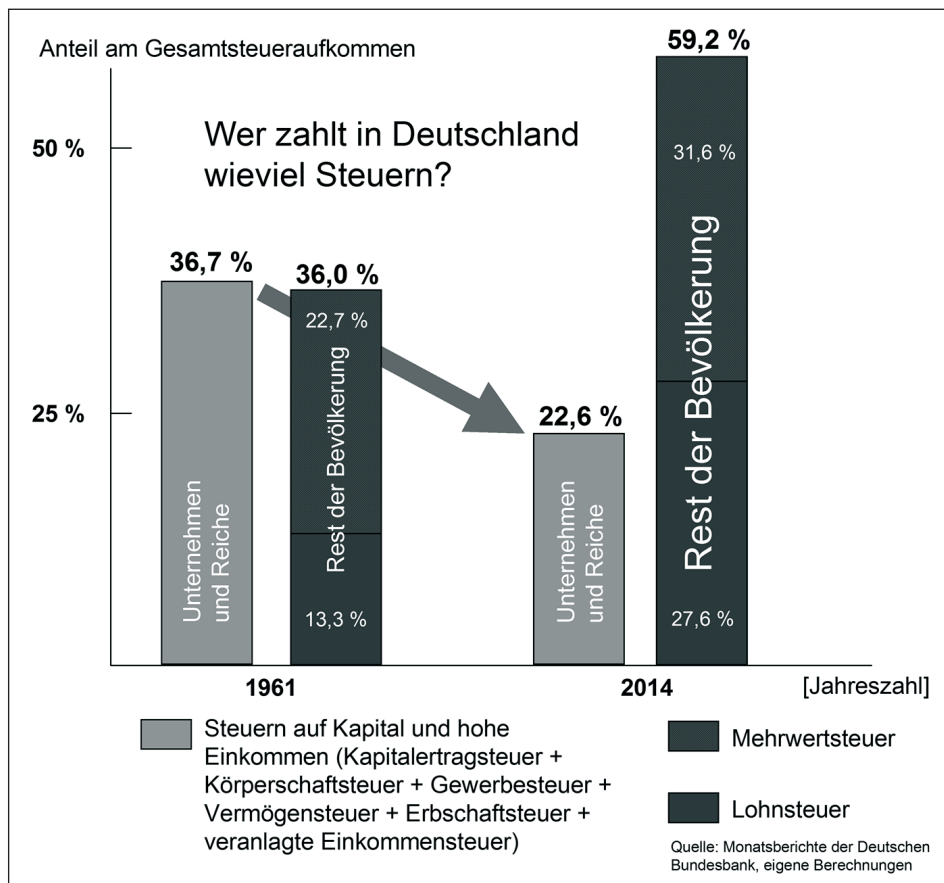
Forderung beschlossen, dass der gesetzliche Mindestlohn steuerfrei sein muss, sprich: Dass der Grundfreibetrag der Einkommensteuer drastisch angehoben

werden muss. Das Existenzminimum von Erwerbstätigen soll nicht mehr besteuert werden. Das hat weitreichende Konsequenzen: Wenn keine Steuern mehr aus dem Existenzminimum geschöpft werden sollen, dann müssen sie woanders her geholt werden, sprich: Bei den Unternehmen und Reichen. Nun wurden auch bei den diesjährigen Gewerkschaftskongressen von ver.di und IG Metall gleichlautende Anträge gestellt. Die Entscheidung der IG Metall steht bis zum Redaktionsschluss noch aus. Hier wurde ein Antrag von unserer Verwaltungsstelle Südniedersachsen-Harz eingebracht. Der ver.di Kongress in Leipzig im September hat immerhin beschlossen, dass „die Auseinandersetzung um eine Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums aktiv zu führen“ sei. Unsere Forderung zieht Kreise.

Die Entwicklung, wo Steuereinnahmen in unserer Gesellschaft seit den 60-iger Jahren geschöpft werden, macht deutlich, dass unsere Forderung recht bescheiden ist (siehe Grafik).

Während 1961 Lohn- und Mehrwertsteuer noch 36 Prozent der Gesamtsteuerlast ausmachten, erbringen sie heutzutage 59 Prozent. Angesichts einer solch massiven Entlastung der Unternehmen und Reichen von Steuerzahlung darf die Steuerfreiheit des Existenzminimums von Erwerbstätigen keine Frage der Finanzierbarkeit sein.

Nun ist auch der landesweite Druck des in Göttingen erstellten Faltblatts zum Thema durch den Landesvorstand DIE LINKE. Niedersachsen beschlossen worden. Unsere geplante große Verteilaktion für den KV Göttingen kann nun in Angriff genommen werden. *mb*



► Göttinger Eindrücke von der Anti-TTIP-Großdemo in Berlin

Manuel Dornieden, Linksjugend [solid] Göttingen, Basisgruppe revolutionäre Antikapitalist*innen

Der Aufruf der Gewerkschaften, der LINKEN und vieler anderer Organisationen hatte in Göttingen zu 2 vollen Reisebussen mit ca. 100 Leuten geführt, die nach einem gut besuchten Aktionstag am 2.10. zur Berliner Großdemonstration gegen das TTIP- und CETA Abkommen mitfahren wollten. Es ging vom Schützenplatz morgens um kurz nach 6 Uhr los. Nach

ca. 4 1/2 Stunden kamen wir in Berlin in der Nähe Hauptbahnhof an. Dort hielten andere Busse aus anderen Städten. Gemeinsam gingen wir Richtung HBF, wo die Demo starten sollte. Je näher wir kamen, desto mehr Menschen wurden wir. Auf dem Vorplatz vom HBF sammelte sich alles. Wir, einige AktivistInnen aus der Göttinger Linksjugend, der LINKEN

Basisgruppe revolutionärer Antikapitalist*innen

und der SAV im DGB-Bus, haben uns dann dem Block Linksjugend KreuzKölln aus Berlin angeschlossen.

Die Demo sollte um 12 Uhr starten. Aber wir standen noch weit über eine Stunde auf dem Fleck...

(... Weiter auf Seite 10)

(Fortsetzung „TTIP“ von Seite 9 ...)

Ich wurde etwas unruhig und ging weiter nach vorne, Richtung der Brücke über das Alexander-Ufer. Dort sah ich zum ersten Mal das gewaltige Ausmaß der Demo und die Massen, die alle teilnehmen wollten! Ich dachte nur: Wow, das kann ja gar nicht mehr übertroffen werden und dann ist es kein Wunder, das wir immer



noch stehen! Irgendwann konnten wir uns dann doch noch in Bewegung setzen und es wurden über die Lautis der jeweiligen Blöcke immer mehr Informationen bekannt: es sind ca. 150000 Leute auf der Straße! Das hat dann sehr motiviert, aber diese Zahl wurde später noch mal nach oben korrigiert...

Gegen die Abschaffung der mühsam erkämpften, demokratischen und sozialen Errungenschaften im weltweiten Kapitalismus sind dann 250000 Menschen in Deutschland auf die Straße gegangen!!!

Das ist ein Zeichen, dass die Diktatur des Kapitals auf massiven Widerstand gestoßen ist, auch wenn das alles in der breiten, bürgerlichen Masse als „Freihandelsabkommen“ verkauft werden soll.

Das zeigt, was möglich ist, wenn die großen Gewerkschaften zum Widerstand aufrufen und die Anreize zu Massenaktionen organisieren, anstatt unter der Führung der SPD neoliberale Regierungsmaßnahmen kampflös hinzunehmen oder sogar zu unterstützen. Die TTIP-Demo hat allen TeilnehmerInnen Mut gemacht: Wir sind nicht allein, sondern bringen in vielen Punkten die Forderungen der Mehrheit der Bevölkerung gegen die Profitinteressen der herrschenden Minderheit zum Ausdruck. Aber solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln

in der Wirtschaft besteht und keine selbstbestimmte, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Planung stattfindet, werden die Konzerne und Banken auch nicht aufgeben. Wir werden auch in Göttingen weitermachen!

DIE LINKE.

► Mailadresse für Newsletter

Liebe Genoss*innen, bitte teilt Eure Mailadresse an unsere Mitgliederverantwortliche Stine Rummel-Strebelow mit, wenn Ihr die regelmäßigen Newsletter des Kreissprecher*innenrats DIE LINKE.KV Göttingen (ca. 2 bis 3 pro Monat) bekommen wollt. So erfahrt Ihr, was in unserem Kreisverband los ist und wenn zu Aktionen aufgerufen wird. Wir respektieren natürlich, wenn Ihr das weiterhin nicht möchtet.
Mail: rummel-strebelow@gmx.de
Telefon: 01577 589 50 59

Presseerklärung der Göttinger Linken im Rat der Stadt Göttingen

► Linke im Rat fordern weiterhin Geld statt Sachleistungen – neues Gesetzespaket löst keine Probleme und entmündigt Flüchtlinge weiter

Das mit heißer Nadel gestrickte und gerade verabschiedete neue Gesetzespaket zum Asylrecht solle bereits ab 1. November diesen Jahres in Kraft treten. Es sei zu befürchten, dass die Umsetzung und deren Auswirkungen direkt an die Kommunen durchgereicht werden.

Die GÖLINKE.-Fraktion des Rat der Stadt sehe in diesem Gesetz eine Verschärfung der Lebensbedingungen für Asylsuchenden Menschen in Deutschland und gehe an den tatsächlichen Bedarfen für Flüchtlinge vorbei. Vielmehr würde dieses Gesetz auf unannehmbare Weise die Gruppe von Flüchtlingen in zwei Lager spalten – zum einen in ‚böse‘ Wirtschaftsflüchtlinge und zum anderen in ‚gute‘ Kriegsflüchtlingen.

Weiterhin kritisiere die GÖLINKE.-Fraktion die erneute Einführung eines Gutscheinsystems zum Erhalt von Sach-

leistungen anstelle der Auszahlung von Bargeld. Bereits 2012 forderte die Stadt Göttingen auf Initiativer der LINKEN Ratsfraktion das Land Niedersachsen dazu auf, die rechtliche Grundlage zu schaffen, anstelle von Gutscheinen Bargeld an Asylsuchende auszahlen zu dürfen. „Diese Praxis hat sich bewährt und soll nun mit der novellierten Gesetzesvorlage untergraben werden. Das werden wir nicht widerspruchslos hinnehmen“, so Fraktionsvorsitzender Patrick Humke.

Leistungen für Flüchtlinge würden mit diesem Gesetz erneut gekürzt werden. Darüber hinaus würden Menschen, die in ihrer Not nach Deutschland gekommen seien, weiter entmündigt. Mit dem Vorhaben der Bundesregierung aus CDU und SPD werde Flüchtlingen unterstellt, dass sie nicht in der Lage seien, eigenständig mit dem wenigen umzugehen und sie Bargeld zum Kauf von nicht le-

bensnotwendigen Dingen missbrauchen würden.

Unabhängig von der ohnehin diskriminierenden Praxis der Ausländergesetzgebung werde mit solchen Initiativen der Regierenden ein spürbar hoher Verwaltungsaufwand auf die Kommunen – so auch auf die Stadt Göttingen abgewälzt. „Damit würden Mittel gebunden, die man besser für die Förderung der Integration und Mobilität von Flüchtlingen ausgeben sollte“, so Humke weiter.

Integration, die Wahrnehmung wichtiger behördlicher und privater Termine und die Mobilität werde noch weiter eingeschränkt. Die GÖLINKE.-Fraktion weist dieses Gesetzespaket entschieden zurück und wollen bei der derzeitigen Willkommenspraxis in der Stadt Göttingen bleiben. Es gehe eben auch anders!

GÖLINKE. Ratsinfo *aktuell*

**Ausgabe
Nov. 2015**

Liebe Leserinnen und Leser,
ein heißer Herbst und kalter Winter liegen vor uns. Der fehlende bezahlbare Wohnraum für Menschen mit Behinderungen, Empfänger staatlicher Transferleistungen (z.B. Hartz IV oder EU-Rente) und Flüchtlinge stellen Stadt und Landkreis vor riesige Herausforderungen. Es hat sich gezeigt, dass die überwiegend gute Stimmung in der Bevölkerung für die Aufnahme von zum Beispiel Flüchtlingen schnell umschlagen kann – besonders dann, wenn es ‚droht‘, dass im eigenen Lebenszusammenhang Einschränkungen bevorstehen könnten. Hier gilt es, rechtzeitig mit LINKER Politik entgegenzuwirken – sowohl in der individuellen Praxis als auch in der politischen Arbeit. Es geht um die eigene Glaubwürdigkeit!

- Fraktion Göttinger Linke
- Neues Rathaus, Zi. 196
- Hiroshimaplatz 1-4
- 37083 Göttingen
- tel 05 51-4 00 24 99
- fax 05 51-4 00 20 79
- goelinke-fraktion@goettingen.de
- www.die-linke-goettingen.de

Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Rahmenbedingungen für den sozialen Wohnungsbau vor Ort schaffen – ist eines der Oberthemen, die uns auch weiterhin beschäftigen werden. Hier wäre es aus Sicht der Fraktion notwendig, die bisherigen Initiativen von uns weiter zu verfolgen und Bewusstsein dazu zu schaffen, dass es in der Debatte um bezahlbaren Wohnraum um einen Mangel für eine ganze Reihe von Bevölkerungsgruppen geht. Zu nennen wäre hier Menschen mit Behinderungen (sowohl körperlich-, geistig-, seelisch und psychisch beeinträchtigte Menschen) und Flüchtlinge. Eine unserer Aufgaben ist es, dass die genannten Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Wir werden auf der kommunalpolitischen Ebene dazu beitragen, dass vor Ort die Rahmenbedingungen für den Bau bezahlbaren Wohnraums geschaffen werden. Das heißt unter anderem auch, dass wir Euch auffordern (wie wir es auch in den vergangenen Monaten getan haben) die Beteiligungsrunden für den Flächennutzungsplan (FNP) und den Landschaftsplan in der Debatte aktiv für unsere Inhalte zu nutzen. Das ist bisher von Seiten außerhalb der Fraktion von Linken nur sehr begrenzt bis gar nicht der Fall gewesen. Die Termine des öffentlichen Beteiligungsverfahrens sind seit langem bekannt und auch auf der HP der Stadt Göttingen zu finden als auch in den lokalen Medien mehrfach veröffentlicht worden (29.10.15 – Bürgerforum Nord; 02.11.15 – Bürgerforum Ost; 03.11.15 – Bürgerforum West; 10.11.15 – Bürgerforum Mitte und Süd => jeweils von 18.00 – 20.30 Uhr). Hier gilt es u.a. zu entscheiden, an welchen Standorten sozialer und bezahlbarer Wohnraum betrieben werden soll. Bisher haben sich vor allen Bürger*innen eingebracht, die den Landschaftsschutz prioritär behandeln wollen. Wenn wir aber wollen, dass mehr Bewegung für unsere Forderungen in die Debatte kommt, ist es erforderlich an den angesprochenen Foren teilzunehmen, da der künftige FNP wahrscheinlich für die kommenden 20 Jahre seine Gültigkeit haben wird. Die GÖLINKE. Ratsfraktion hat bisher mit ihrer Sozialpolitik Grundlagen dafür geschaffen, sich aktiv in die aktuellen Debatten einzumischen.

Die Unterbringung der Flüchtlinge wird uns auch weiterhin beschäftigen. Nach den aktuellen Zahlen werden bis Ende 2015 etwa 1400 Flüchtlinge die Stadt Göttingen erreicht haben – entgegen der Aussagen des Innenministeriums von Mitte 2014 (360) und von Anfang dieses Jahres (700). In Ergänzung unserer Anträge zum Thema, die noch in der Beratung sind, werden wir noch für die kommende Ratssitzung eine passende Anfrage stellen – die Unterbringung betreffend. Bis dahin hoffen wir auch, dass die zugesagte rechtliche Prüfung der Stadt Göttingen abgeschlossen sein wird, inwieweit nicht doch das niedersächsische Gefahrenabwehrgesetz ein Mittel zur ‚Akquise‘ freistehenden Wohnraums sein könne. Hierzu bedanken wir uns an dieser Stelle auch recht herzlich bei Bärbel S. für die entsprechenden ergänzenden Hinweise!

Flüchtlingshilfe – Privat und institutionell – ist seit Monaten Thema sowohl bei der Stadt Göttingen und seinen Gremien als auch in der Flüchtlingssolidarität. Hier sind die Beteiligten ein Stück weiter gekommen. So wurde zum Beispiel im Rat die Koordinierung der ehrenamtlichen Hilfe, die Koordinierung der Sprachlehrklassen und weitere Möglichkeiten zum Spracherwerb auf den Weg gebracht. An einem Workshop der Stadt Göttingen nahmen jüngst mehr als 300 Bürger*innen teil, die die weitere Arbeit mit und für die Flüchtlinge in mehreren Arbeitsgruppen diskutierten, zusammengetragen und weitere konkrete Vorgehensweisen vereinbart haben. Die Ergebnisse werden zusammengetragen und dann veröffentlicht. Bitte beachtet auf der HP der Stadt Göttingen eine mögliche Veröffentlichung. Wir werden ggf. auch noch einmal gesondert darauf hinweisen. Die Beteiligung aus unserem näheren politischen Spektrum war leider erneut spärlich! Solidarität muss wieder Praxis werden!

Sachleistungen statt Geld – eine Auswirkung des neuen Ausländergesetzbpakets entmündigt Flüchtlinge noch weiter – Wir haben auf diese Entwicklung und die konkreten Auswirkungen auf die Kommune (Stadt Göttingen) mit einer Pressemitteilung hingewiesen und klargestellt, dass es für uns LINKE kein Zurück zu Sachleistungen geben dürfe. Sie sind im Ergebnis wegen des erheblichen Verwaltungsaufwands teurer und entmündigen die Flüchtlinge weiter, weil ihnen damit unterstellt würde, dass sie das ohnehin wenige Geld unsachgemäß ausgeben würden etc. Die Stadt Göttingen ist nicht zuletzt auf unsere Initiativen hin bereits vor langen Jahren von der Gutscheinpraxis abgewichen und hat zudem überwiegend positive Erfahrungen mit dieser Praxis gemacht. Den Wortlaut der PM findet Ihr im Netz oder beachtet die Meldung des Stadtradios Göttingen hierzu.

Über ein starkes und kontinuierliches kommunalpolitisches Engagement würden wir uns sehr freuen! Solidarität ist unsere Waffe!

Eure Fraktion – Civar Akad, Torsten Wucherpfennig, Patrick Humke und Peter Johannsen

► Rassisten und Nazis entgegentreten – Refugees welcome!

Aufruf des Bundesausschusses der VVN-BdA vom 21. Oktober 2015

Rassistische Gewalt gehört in Deutschland 2015 zum Alltag. Der Mob kann sich tagelang zusammenrotten und Menschen, die hierher geflohen sind, bedrohen. Im Schutz der Nacht werden Häuser angezündet, in die sie einziehen sollen.

Organisatorisch verantwortlich dafür sind Pegida-, NPD- und Nazi-Kader, zunehmend aber auch die AfD, die sich als parlamentarischer Arm der Bewegung andient. Seit Monaten sind Hass und Gewaltphantasien überall öffentlich präsent. Die Vertreter_innen der Politik, die sich in den letzten Wochen entsetzt zeigen und proklamieren, es dürfe nicht sein, was seit Monaten täglich passiert, haben es zugelassen. Da werden Hassparolen zu „Sorgen der Menschen“, da werden Versammlungs- und Meinungsfreiheit reklamiert, wo es gegen Menschenwürde geht. 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Kriegen, Verfolgung, Umweltkatastrophen und den Verwüstungen der globalen Wirtschaftsordnung, die immer mehr Menschen die Lebensgrundlagen raubt. Die wenigsten von ihnen schaffen es weiter als in ein Nachbarland. Die aktivsten, entschiedensten, mutigsten wagen den Weg übers Meer, um die Fes-tung Europa zu erreichen. Tausende von ihnen ertrinken unterwegs, wo immer sie ankommen, beegnet ihnen Ablehnung.

Dass die Kanzlerin Ende August die deutschen Grenzen für Flüchtende geöffnet hat, war die einzig mögliche Antwort, die eine zivilisierte Gesellschaft angesichts der humanitären Katastrophe verantworten kann. Nun aber erklärt eines der reichsten Länder der Welt täglich den Ausnahmezustand: Geflüchtete werden in Containern, Turnhallen und selbst noch im hereinbrechenden Winter in ungeheizten Zelten untergebracht. Landkreise und Gemeinden erklären sich „überfordert vom Ansturm der Flüchtlinge“, (un-)verantwortliche Minister erregen sich über „Wirtschaftsflüchtlinge“, die nur „in unsere Sozialsysteme“ einwandern wollen. Schnell wird im Windschatten der „Flüchtlingskrise“ – wie es allabendlich in den Nachrichten heißt – die Asylgesetzgebung weiter verschärft. Weitere Staaten werden zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt und Pläne für Gefängnisanlagen entlang der deutschen Grenzen entworfen. So schaffen Politiker das Ressentiment, dessen gewaltsamen Ausdruck sie beklagen.

Täglich hören wir, nun müssten die Fluchtursachen bekämpft und „Schlepperboote“ auch durch die Bundesmarine versenkt werden. „Bekämpfung der Fluchtursachen“ bedeutet aber eine grundsätzliche Änderung der Struktur der Weltwirtschaft und der Politik. Es sind die Auflagen von

IWF und Weltbank, die Menschen in vielen Ländern der Welt ihrer Existenzgrundlagen berauben. Es ist die Politik der Destabilisierung „ungeliebter“ Regierungen, die Lieferung von Waffen in Krisengebiete, die Kriege befeuern, es ist die Kooperation mit Diktatoren und Kleptokraten, die dafür sorgt, dass die Verhältnisse bleiben wie sie sind. Flucht ist der Ausdruck der Verhältnisse, die deutsche und europäische Politik wesentlich zu verantworten haben.

Wir fordern eine grundsätzliche Abkehr von der Politik der Abschottung. Wir fordern die menschenwürdige Aufnahme der Geflüchteten. Wir fordern das Verbot der NPD und aller anderen Nazistrukturen und – umtriebe.

Alle Landes- und Kreisvereinigungen der VVN-BdA sind aufgefordert, noch in diesem Jahr an Orten rassistischer Mobilisierung – gern mit vielen Bündnispartner_innen – aktiv zu werden im Sinne unseres Mottos „Rassisten und Nazis entgegentreten – Refugees welcome!“

Wir wollen deutlich machen, dass Rassismus keine legitime „Meinungsäußerung“ ist, sondern zu den menschenverachtenden ideologischen Grundlagen faschistischer Verbrechen und aktueller Nazi-Gewalt gehört. Wir wollen den Geflüchteten unsere Solidarität zeigen.

Wir wollen von den politisch Verantwortlichen verlangen, dass die Geflüchteten menschenwürdig untergebracht werden und schnellst möglich eine Lebensperspektive für sich und ihre Familien entwickeln können.

► Historische Verpflichtung: Roma willkommen!

Stellungnahme des Bundesausschusses der VVN-BdA vom 29. September 2015 zur Erklärung von Albanien, Kosovo und Montenegro zu „sicheren Herkunftsstaaten“:

Bundesregierung und Länder haben sich darauf verständigt, Albanien, Kosovo und Montenegro zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären. Asylanträge von Schutz Suchenden aus diesen Ländern sollen – ebenso wie Anträge von Geflüchteten aus Bosnien, Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und Serbien – ohne Prüfung abgelehnt werden. Damit sollen insbesondere die massenhaften Abschiebungen von Roma unvermindert weitergehen.

In diesen ethnisch begründeten Staaten, die auch mit erheblicher diplomatischer Unterstützung Deutschlands und zuletzt auch mit dem völkerrechtswidrigen Krieg unter deutscher Beteiligung entstanden sind, ist jedoch für Roma kein Platz. Stigmatisiert, ausgegrenzt und mittellos sich selbst überlassen, fehlt es ihnen dort an allem. Der weit verbreitete Antiziganismus macht es nahezu unmöglich Fuß zu fassen. Selbst physische Gewalt durch

Polizei und Zivilisten ist an der Tagesordnung. Auch das ist politisch verursachte Verfolgung.

Deutschland steht gegenüber den Nachkommen der Opfer des Holocaust an 500.000 Sinti und Roma in einer besonderen Pflicht.

Nachkommen von jüdischen Holocaust-Opfern aus der zerfallenden Sowjetunion wurde wegen der Situation in den Nachfolgestaaten in den 1990er Jahren die Einreise und Niederlassung als Kontingent-Flüchtlinge erlaubt. Die historische Verpflichtung ist die gleiche. Darum muss für die Roma aus den Ex-jugoslawischen Staaten eine entsprechende Regelung geschaffen werden!